



Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg
Herrn André Trepoll
Vorsitzender der CDU-Bürgerschaftsfraktion
Rathausmarkt 1

20095 Hamburg

Berlin, 13. Februar 2017

Sehr verehrter Herr Fraktionsvorsitzender,
sehr geehrter Herr Trepoll,

im Zuge wiederkehrender Anfeindungen und Verunglimpfungen von Palästina-Gruppen und angesichts der aktuellen Hetzkampagne gegen die Hamburger BDS-Gruppe möchte ich einige Überlegungen anführen, die ich sicherlich mit einer ganzen Reihe von Ihnen teile. Zunächst einmal ist es für mich äußerst schockierend zu erfahren, wie Antisemitismus instrumentalisiert wird, um kritische Stimmen der israelischen Besatzungspolitik mundtot zu machen.

Dieses Jahr markiert den 50. Jahrestag der israelischen Besatzung. Seit Jahrzehnten schaffen israelische Regierungen unter den Augen der Internationalen Gemeinschaft unilateral Fakten, die eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung und damit einen Frieden in Nahost immer unwahrscheinlicher werden lassen. Einer der jüngsten Schritte ist das am 6. Februar verabschiedete Gesetz, das die Landannektierungen palästinensischen Privatlandes für sog. Siedlungsaußenposten, die nach israelischer Rechtsauffassung bisher illegal waren, einfach für rechtens erklärt. Doch der Diebstahl von palästinensischem Land kann nicht einfach legalisiert werden. Er bleibt illegal.

Es ist die völkerrechtswidrige Besatzungs-, Siedlungs- und Annexionspolitik der israelischen Regierungen, die gesellschaftliches Engagement, wie das von BDS herausfordert. Die BDS-Kampagne gehört zu den zahllosen Organisationen, Gesellschaften und Gruppierungen der palästinensischen Zivilgesellschaft, die einen wirksamen und verantwortungsvollen Umgang der Eskalation den israelischen Verletzungen, insb. den Siedlungsaktivitäten, den Landannexionen, dem Abriss palästinensischer Häuser, der militärischen Blockade des Gaza-Streifens sowie der Annexion und Isolierung Jerusalems entgegensetzen.

Sie stellt eine aktive Methode der Gewaltlosigkeit dar, wenn es darum geht, den Ausnahme- und Berechtigungsanspruch Israels aufzuheben und die Konsequenzen seiner fortgesetzten Besatzung Palästinas, einschließlich der moralischen, wirtschaftlichen und politischen Kosten nach Hause zurückzuführen. BDS ist temporär angelegt und bis zu dem Zeitpunkt aktiv, indem der Staat Israel völkerrechtlichen Verpflichtungen entspricht. Eine solche Solidaritätsbewegung befähigt Palästinenser als auch ihre Anhänger den Unterdrückungsmaßnahmen der israelischen Besatzung standzuhalten und in einer gewaltlosen und legitimen Art und Weise Widerstand zu leisten.

